

Persönliche Vorsprachen:
Krohnstieg 45, 22415 Hamburg



2

Jobcenter team.arbeit.hamburg, Krohnstieg 45, 22415 Hamburg

Frau
Albina Yakunina
Wesselyring 55
22297 Hamburg - Winterhude

Mein Zeichen: X515
BG-Nummer: 12302//0335132
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: i. V. Herr Goetzke
Telefon: 040 2485-1444
Telefax: 040 181312-499
E-Mail:
Datum: 16.09.2025

Erinnerung an die Aufforderung zur Mitwirkung vom 27.08.2025

Guten Tag Albina Yakunina,

mit Schreiben vom 27.08.2025 habe ich Sie gebeten, bei der abschließenden Klärung Ihres Anspruches auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts mitzuwirken. Bisher liegen folgende Unterlagen nicht vor:

Leider war Ihrer Verändernngsmitteilung kein Arbeitsvertrag zu entnehmen. Bitte senden Sie mir Ihren Arbeitsvertrag zu.

Bitte reichen Sie diese Nachweise bei Ihrem Jobcenter bis 03.10.2025 ein.

Ohne vollständige Unterlagen kann nicht festgestellt werden, ob und inwieweit ein Anspruch auf Leistungen für Sie besteht.

Bitte beachten Sie:

Haben Sie bis zum genannten Termin nicht reagiert oder die erforderlichen Unterlagen nicht eingereicht, können die Geldleistungen teilweise entzogen werden, bis Sie die Mitwirkung nachholen (§§ 60, 66, 67 Erstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB I). Dies bedeutet, dass Sie geringere Leistungen erhalten.

Falls Sie die Unterlagen zwischenzeitlich eingereicht haben, müssen Sie auf dieses Schreiben nicht antworten.

Mit freundlichen Grüßen

Jobcenter team.arbeit.hamburg

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift wirksam.

Dienstgebäude
Krohnstieg 45
22415 Hamburg

Telefon
+4940/2485-1444
Telefax

Internet
www.team-arbeit-hamburg.de

Öffnungszeiten
Montag 08:30 - 11:30
Dienstag 08:30 - 11:30
Donnerstag 08:30 - 11:30
Freitag 08:30 - 11:30
Eine persönliche Beratung erfolgt nach
vorheriger Terminvereinbarung. Buchen Sie
online oder vereinbaren Sie telefonisch
einen Termin über das ServiceCenter.

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE50 7600 0000 0076 0016 17

Schon gewusst?**Wichtige Anliegen können Sie auch einfach online erledigen:****www.jobcenter.digital**

Anlagen
Antwortschreiben
Gesetzestexte zu Ihrer Information

Hinweise:

Reichen Sie bitte grundsätzlich keine Originalbelege, sondern Kopien ein.

Eingereichte Unterlagen und Nachweise werden, soweit erforderlich, datenschutzkonform eingescannt und nach einer kurzen Aufbewahrungsfrist endgültig vernichtet.

Bei der Vorlage von Nachweisen sind Schwärzungen von Angaben über besondere Kategorien personenbezogener Daten zulässig.

Das sind zum Beispiel Angaben über ethnische Herkunft, politische Meinungen, Glauben, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Gesundheit oder Sexualleben (Artikel 9 Absatz 1 Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO). Nach der Schwärzung müssen Texte wie Mitgliedsbeitrag, Zuwendung oder Spende jedoch als grundsätzlicher Geschäftsvorgang erkennbar bleiben. Ferner dürfen Angaben zur Religionszugehörigkeit in Kopien von Geburtsurkunden geschwärzt werden.

Im Hinblick auf die Kontoauszüge ist zu beachten, dass trotz Schwärzungsmöglichkeit bei Ausgabebuchungen der Buchungsfall für das Jobcenter weiterhin nachvollziehbar bleiben muss. Lediglich eindeutig nicht erforderliche Informationen, wie zum Beispiel der Name des Supermarktes, dürfen geschwärzt werden, solange die Ausgabe als Einkauf ersichtlich bleibt.

Darüber hinaus dürfen Sie beispielsweise die Angaben zum Vermieter in der Kopie eines Mietvertrages schwärzen, falls das Jobcenter die Miete nicht direkt an den Vermieter überweisen soll. Ebenfalls ist es zulässig, dass Sie bei der Kopie des Arbeitsvertrages Schwärzungen in diesem vornehmen bei Angaben, welche nicht wichtig für Ihr Anliegen bei uns sind.

Name, Vorname, Geburtsdatum Yakunina, Albina, geb. 09.04.2003	
Kundennummer 022M019884	Nummer der Bedarfsgemeinschaft 12302//0335132

Jobcenter team.arbeit.hamburg
Krohnstieg 45
22415 Hamburg



2

Ihr Brief vom 16.09.2025 (Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen)

☐ Die von Ihnen angeforderten Kopien beziehungsweise Informationen liegen diesem Brief bei.

☐ Sonstige Mitteilung:

☐ Anlagen

Bei Fragen bin ich telefonisch erreichbar

unter der Nummer (Angabe freiwillig): _____

Ort

Datum

Unterschrift



S1

Gesetzestexte zu Ihrer Information

Auszug aus dem Ersten Buch Sozialgesetzbuch (SGB I)

§ 60 SGB I

Angabe von Tatsachen

- (1) Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat
1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
 2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen,
 3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

Satz 1 gilt entsprechend für denjenigen, der Leistungen zu erstatten hat.

- (2) Soweit für die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Angaben Vordrucke vorgesehen sind, sollen diese benutzt werden.

§ 66 SGB I

Folgen fehlender Mitwirkung

- (1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.
- (2) ...
- (3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

§ 67 SGB I

Nachholung der Mitwirkung

Wird die Mitwirkung nachgeholt und liegen die Leistungsvoraussetzungen vor, kann der Leistungsträger Sozialleistungen, die er nach § 66 versagt oder entzogen hat, nachträglich ganz oder teilweise erbringen.